

Zürich, 20. September 2010

KR-Nr. 272/2010

POSTULAT von Martin Naef (SP, Zürich), Carmen Walker Späh (FDP, Zürich)
und Monika Spring (SP, Zürich)

betreffend Zukunft der Kaserne

Der Regierungsrat wird eingeladen, aufzuzeigen, wie das Kasernenareal raschmöglichst einer der Allgemeinheit zugänglichen, quartierverträglichen Nutzung zugeführt werden kann.

Martin Naef
Carmen Walker Späh
Monika Spring

Begründung:

Im Jahre 1975 hat das Volk mit dem Entscheid der Auslagerung des Waffenplatzes Zürich ins Reppischtal auch einer öffentlichen Nutzung des Kasernenareals zugestimmt. Kaserne und Zeughäuser bildeten in der Folge Gegenstand von jahrelangen heftigen politischen Auseinandersetzungen. Dabei standen und stehen sich polizeilich-justizielle Bedürfnisse und die Interessen der Quartier- und Stadtbevölkerung an einer öffentlichen und für alle zugänglichen Nutzung und der Aufwertung des Grünraums an dieser für die Stadtentwicklung einmaligen Lage gegenüber. Das provisorische Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese ist jedenfalls nicht weiter bewilligungsfähig; das Bedürfnis nach Erholungsfläche hat durch die Realisierung des angrenzenden Stadtraums HB noch zugenommen.

Mit der heutigen Ablehnung des PJZ droht sich die Geschichte der unbefriedigenden Nutzung des Kasernenareals erneut um Jahre hinauszuzögern. In dieser Situation ist der Regierungsrat gehalten, unabhängig von einer neuen Vorlage betreffend Konzentration der polizeilichen und justiziellen Infrastruktur Wege aufzuzeigen, wie das Kasernenareal endlich seiner Zweckbestimmung einer quartierverträglichen Nutzung zugunsten der Allgemeinheit zugeführt werden kann. Insbesondere ist die Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich und mit der Stadtbevölkerung zu intensivieren, um rasch konkrete Nutzungsvarianten vorlegen zu können.

272/2010